

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 17

Artikel: Polen : Generalsrapport zum Stand
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093807>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen: Generalsrapport zum Stand

Die Konfrontation in Polen hält an. Während der Chef der Militärjunta, General Adolf Jaruzelski, auf der Krim bei Breschnew vorgeladen war, kam es im Lande selbst zu erneuten Demonstrationen in verschiedenen Städten.

Demonstranten und Pilger

Auf dem «Siegesplatz» von Warschau nahmen rund 2000 Personen an einer Manifestation für freie Gewerkschaften teil, trotz der Risiken, die damit verbunden sind. Das gleiche taten die Stahlarbeiter in Nowa Huta, die Studenten und Jungarbeiter in Wroclaw, Gdansk und Krakau.

Erzbischof Jozef Glemp, der Primas von Polen, hat am 15. August am Wallfahrtsort Jasna Gora in Tschenstochau vor den Pilgerscharen erklärt: «Das Recht auf freien Zusammenschluss steht uns allen zu. Es ist unser natürliches Recht.» Konkret forderte er noch die Bildung von Bauerngewerkschaften. «Sie sind nötig, um die Rechte der Bauern zu verteidigen.»

Solche «konterrevolutionäre und antisozialistische» Ideen waren (nach einer Periode relativen Zögerns von kirchlicher Seite) eine deutliche Herausforderung an das Regime, das die freien Gewerkschaften zerschlagen hat, und eine ebenso deutliche Bekundung von Solidarität mit der Bevölkerung. Die Kirche kann ihre vielgenannte «Vermittlerrolle» nicht spielen, wenn sie nicht auf der Seite des Volkes steht.

Der Machtapparat reagierte direkt nur auf die Strassendemonstrationen, denen er mit einem massiven Aufgebot von Polizei, Armee und Sicherheitskräften begegnete.

Zu den Kundgebungen vom 13. August (Jahrestag des Streikbeginns vom 13. 8. 1980 in den Danziger Werften) hatte die unterdrückte Gewerkschaft Solidarnosc aufgerufen. Nominell ist sie nicht aufgehoben, sondern nur suspendiert, aber praktisch ist sie zerschlagen worden und kann organisatorisch nur noch im Untergrund tätig sein.

Neue Demonstrationen hat die Solidarnosc für den 31. August angekündigt, dem Jahrestag des Danziger Abkommens zwischen der Arbeiterschaft und den Machthabern vor zwei Jahren. Aus jenem «Gesellschaftsvertrag» war dann die Solidarnosc hervorgegangen, welche dem Willen der polnischen Werktätigen Ausdruck gab, im Gegensatz zur KP, der offiziellen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

Vorbeugung

Selbstredend versucht nun das Regime, erneuten Demonstrationen durch Einschüchterung der Bevölkerung vorzubeugen und die Weltöffentlichkeit über das Ausmass der Unruhe zu täuschen.

Nach den Kundgebungen vom 13. August sind über 200 Personen festgenommen worden. Der

kleinere Teil wird mit Geldstrafen davonkommen, der grössere Teil hat mit politischer Verfolgung zu rechnen (Relegation von Hochschulen usw.).

Die Parteipresse spricht von einer «organisierten Aktion» der konterrevolutionären Elemente. Gemeint sind die Solidarnosc-Aufrufe. Bei den Demonstranten, die ihnen spontan nachgekommen sind, handelt es sich praktisch ausschliesslich um studierende oder arbeitende Jugendliche, um Studenten, Schüler und Jungarbeiter. Wer eine Familie zu ernähren hat, muss aufpassen, seine Stelle nicht zu verlieren. Der polnische Sicherheitsapparat weiss natürlich über die tatsächliche soziale Zusammensetzung der Demonstranten sehr wohl Bescheid.

Das polnische Nationalheiligtum der Schwarzen Madonna von Tschenstochau besteht seit 600 Jahren. Höhepunkt der Jubiläumsfeiern ist der 16. August. Zu diesem Anlass war ursprünglich der Besuch des Papstes angekündigt worden. Er darf nicht stattfinden, weil das Regime sein Veto dagegen eingelegt hat. Allerdings will der Machtapparat nicht öffentlich zu seinem Verbot stehen (das übrigens völkerrechtswidrig ist, weil der Papst noch immer die polnische Staatsbürgerschaft besitzt). Die Parteipropaganda verbreitet Berichte, wonach der Papst aus eigenem Antrieb seinen Reisetrip «verschoben» habe. Auf voll deklarierte Konfrontation mit der Kirche will man es noch immer nicht ankommen lassen.

«Kirchenbehandlung» in Aussicht?

Wird sich das ändern? Laut inoffiziellen Berichten aus Warschau hat Breschnew von Jaruzelski «energische Massnahmen gegen die konterrevolutionären Zentren» verlangt. Nun hat es an «energischen Massnahmen» seit dem 13. Dezember letzten Jahres ja nicht gefehlt, und die Frage ist bloss, welche «Zentren» ausgespart worden sind.

Die Ausrufung des Kriegsrechtes (in Friedenszeiten), die Internierungslager, die Ermordung von streikenden Arbeitern, Massenverhaftungen von Studenten, Arbeitern und Intellektuellen: das alles kann Jaruzelski an Leistungen in seinem Kampf gegen die «Konterrevolution» vorweisen. So weit könnte Breschnew ja mit ihm zufrieden sein. Aber Breschnew meint, dass Jaruzelski auch noch die Glut im Herd ersticken sollte, das heisst in der Kirche.

Die katholische Kirche als Trägerin der polnischen Tradition war den Sowjetführern schon immer ein Dorn im Auge, doch jetzt zieht sie sich ihren ausgesprochenen Hass zu. Man bezichtigt sie, alle feindlichen Umtriebe zu decken, derer man nicht Herr wird.

So möchten die Sowjets am liebsten, dass man in Polen mit der Kirche ähnlich verfähre wie mit der Solidarnosc. Wie es im realen Sozialismus nur staatsfromme Gewerkschaften geben darf, so sollte es auch nur staatsfromme Kirchen geben dürfen. Die Rücksicht auf den Sonderfall der polnischen Kirche habe allmählich lange genug gedauert, findet man im Kreml.

Demgegenüber zögert Jaruzelski noch. Nicht deshalb, weil er die volksverbundene Tradition der polnischen Kirche respektieren würde (man sagt ihm einen persönlichen Hass auf die Christen mit tragischer Auswirkung in der eigenen Familie nach), sondern deshalb, weil er die Zeit als «nicht genügend reif» für ein frontales Vorgehen gegen die Kirche ansieht.

Aber welche Massnahmen man in Polen auch immer ergreift, erwägt oder verschiebt, immer sind sie negativer Art, gegen die «Feinde» gerichtet. Taugliche Massnahmen für Land und Leute im positiven Sinne bleiben aus. Weil sie sich ihrerseits negativ auf das System auswirken müssten, das tabu ist. Dabei hat es vollkommen versagt, ist sachlich nicht mehr zu rechtfertigen und verfügt über keinerlei Mandat «von unten» mehr, schon gar nicht von der Arbeiterklasse. So findet die Rettung des Sozialismus unweigerlich im Rahmen einer Sackgasse statt. *gn/lcb*

Wie ein Pole den Dialog zwischen Volk und Regime sieht, zeigt «Das Dokument» auf Seite 9.

Ein oppositionelles Flugblatt in Polen. Es ist gegen die Junta gerichtet, die offiziell Rat zur Nationalen Rettung heisst, in polnischer Abkürzung WRON. Durch das Zufügen von einem kleinen «a» wird daraus Wrona, d. h. die Krähe. Und die Krähe wiederum war seinerzeit in Polen ein Schimpfwort für die Nazis. So drücken die Polen aus, dass sie «ihr» Regime als Nazi-regime empfinden.

